Nummer 157 — Halle, Sonnabend, den 7. Juli 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 500,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für M[illegible]atschland

Beachten Sie das Inserat der Firma Paul Theurin in der heutigen Nummer auf Seite 6

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 14000,00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 14000,00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 13500,00 Mark monatlich. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr 600,00 Mark, im auswärtigen Verkehr 600,00 Mark. Reklamen die Millimeter-Zeile 3000,00 Mark im Ortsverkehr und 3500,00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 1. [illegible] bindet mit allen Abreilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. [illegible] Bankhaus Reinhold Stecher, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig [illegible] 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsländigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Politische Auswirkungen der Sabotageakte.

Eine Erklärung des Reichskanzlers / Französisch-belgische Vorstellungen in Berlin / Die Pariser Kammer zum Papstbrief / Gedankenaustausch zwischen England und Amerika / Steuer- und Finanzdebatte im Reichstag.

Noch immer kein Erfolg.

Das stille Ringen zwischen London und Paris.

(Eigene Drahtmeldung.)

London, 7. Juli.

Der französische und der belgische Botschafter begaben sich am Freitag zu Lord Curzon, mit dem jeder eine lange Beratung hatte. Weder der französische noch der belgische Botschafter haben Lord Curzon eine schriftliche Antwort gegeben. Der „Daily Telegraph" schreibt heute morgen, daß die Demarche des französischen Botschafters die Unmöglichkeit noch mehr ins Licht gerückt habe, den französischen und den englischen Standpunkt in der Ruhrfrage zu versöhnen. Auch in der Frage einer Kollektivantwort auf die deutschen Vorschläge sei ebensowenig eine Einigung erzielt wie auch in bezug auf die sofortigkeitende militärische Räumung der Ruhr und das zukünftige Wirtschaftsregime der besetzten Gebiete. Die Franzosen scheinen es nicht als dringend anzusehen, auf die deutschen Vorschläge zu antworten oder überhaupt die Reparationsfrage mit Deutschland zu diskutieren. Was sie gegenwärtig ausschließlich interessiert, sei eine völlige und bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Frankreich scheine sich nicht Rechenschaft dahin abzulegen, daß ein solcher Zusammenbruch zu einem inneren Chaos, ja vielleicht zu einem Bürgerkriege führen könnte. Während die französische Regierung nur an eine Kapitulation denke und es keineswegs eilig habe, sei das hauptsächlichste Sinnen Englands, den Zusammenbruch Deutschlands zu verhüten, da nach englischer Ansicht der Zusammenbruch auf die wirtschaftliche und vielleicht auch auf die politische Lage die verhängnisvollsten Folgen haben könnte. Alle aus Paris kommenden Meldungen hatten in den letzten Tagen die Ansicht aufkommen lassen, daß der französische Botschafter Lord Curzon ein wichtiges Dokument von Poincaré überreichen werde. Es scheint in der Tat, daß ein solches Dokument zwischen Paris und London während zweier oder dreier Tage hin- und hergesandt worden sei, daß es aber im letzten Augenblick zurückgezogen wurde, weil sein Inhalt als zu kühn angesehen wurde.

*

Zu der Streitfrage gibt Havas folgenden interessanten Kommentar: „Der französische Botschafter Graf St. Aulaire hatte heute nachmittag um 5 Uhr eine Unterredung mit Lord Curzon. Er teilte dem englischen Minister bei dieser Gelegenheit halbamtlich und rein persönlich den Text seiner Instruktionen mit, und er gab ihm die Möglichkeit, für das Foreign Office eine Abschrift herstellen zu lassen." Damit soll anscheinend der Streit um die Frage der mündlichen oder schriftlichen Verhandlungen umgangen werden. Und weiterhin ist es äußerst verdächtig, daß Poincaré die Angelegenheit zu einer halben Privatangelegenheit des französischen Botschafters in London zu stempeln sucht. Die tieferen Gründe für Poincarés Verschleppungstaktik sind bekannt. Er scheut sich, Farbe zu bekennen, bevor er sein wahres Ziel erreicht hat. Jedenfalls fühlt er sich im Augenblick stark genug, auf die Lostrennung der Rheinlande vom Reiche zuzusteuern. Es bleibt nur die eine Frage: Wird sich England ferner diese Taktik gefallen lassen? Wird es ihm gelingen, Frankreich und Belgien für seine Ansicht zu gewinnen? Und zum Schluß wieder die deutsche Schicksalsfrage: Was gewinnen wir dabei, wenn Poincaré „freie Hand" hat und diese freie Hand dann mit noch schärferer Wucht auf Rhein, Ruhr und Saar lasten läßt? Ja, wenn England um unseretwillen den Trennungsstrich ziehen würde! Aber noch ist es nicht widerlegt, daß man in England auf Deutschland mit anderen Augen sieht als auf eine Kolonie, um die gerungen wird. Wehren wir uns, dann wird England auch mal den Finger rühren, weil es mit unserem Widerstand selbst täglich stärker wird, auch so stark, um französischem Uebermut die Spitze zu bieten. Wir haben in Deutschland in der letzten Woche so oft gefragt: Wer hat Zeit, England oder Frankreich? Die Räuberei an der Ruhr zehrt an Frankreichs Wirtschaftsmark mehr als am englischen. England hat Zeit und kann warten. Aber an uns ist es durch unseren Widerstand, ihm diese Zeit zu gewinnen. Wir müssen die stärksten Nerven haben.

* * *

Eine gesonderte englische Antwort?

London, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) In unterrichteten Kreisen wird versichert, man glaube Grund zu der Annahme zu haben, daß die englische Regierung gegenwärtig Vorschläge ausarbeitet, die als Antwort an Deutschland gedacht sind, falls eine Einigung mit Frankreich nicht erzielt werden könne.

*

Paris, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Der englische Botschafter in Paris Lord Crewe und der amerikanische Botschafter Herrick wurden gestern von Poincaré empfangen. Ueber den Inhalt der Besprechungen wird Stillschweigen bewahrt. In unterrichteten politischen Kreisen wird aber betont, daß England den Dingen nun nicht mehr länger zusehen werde, da ein Einvernehmen mit Frankreich nicht zustande komme.

Deutliche Worte an Poincare.

Mailand, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Die Stampa schreibt die Politik Poincarés in der Ruhrfrage und seine Pläne für die Zukunft bedeuteten eine wahre und tatsächliche Verletzung des Friedensvertrages. Dieser Vertrag gehe aber nicht nur Frankreich und Deutschland, sondern auch England und Italien an. Seine einseitige Ausführung, aber besser gesagt, seine Verletzung durch Poincaré stellt eine Verletzung der Rechte der anderen Mächte dar, da die italienische Regierung die französische Politik mißbillige und für Italien und Europa als schädlich betrachte. Es bleibe nur ein Weg offen, nämlich sich schleunigst mit England für eine gemeinsame Aktion zu verständigen, auch sei dies das einzige Mittel, um die Frage der alliierten Schulden zu lösen.

*

London, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) In einer Rede über die Regelung der Ruhrfrage erklärte Sir Geddes: Frankreich ist noch immer unser Alliierter. Es ist noch immer unser Freund. Aber wir sind berechtigt, so zu sprechen, wie ein Volk zum andern spricht, und wir müssen Frankreich sagen: Wir standen im Kriege bei euch, aber ihr verfolgt eine Politik, die wir nicht für weise halten und die uns in mehr als einer Hinsicht berührt. Durch eine solche offene Erklärung würde die Freundschaft Frankreichs nicht nachlassen. Die ganze Handelswelt des Landes, die der Arbeiterschaft Beschäftigung gibt, sagt allgemein, bis die Ruhrfrage endgültig geregelt sei, werde die Arbeitslosigkeit größer und größer. Sofort müsse das europäische Problem gelöst werden, und Frankreich müsse wissen, welchen Schaden es Großbritannien zufügt. (Anm. der Red.: Sir Geddes war 1915 Direktor des Munitionsamtes, dann Leiter des Transportwesens, 1917/18 Erster Lord der Admiralität, 1919/21 Verkehrsminister.)

Französische Beschwerden in Berlin.

Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Ein Berliner Mittagblatt verbreitet in großer Aufmachung eine Havasmeldung, die besagt, daß die belgische und französische Regierung an den Reichskanzler Cuno Noten gerichtet hätten mit der Aufforderung, die gegen die Besatzungstruppen am Rhein und Ruhr begangenen Attentate zu brandmarken. Im Falle der Verweigerung dieser Genugtuung würden die diplomatischen Beziehungen Frankreichs und Belgiens mit Berlin abgebrochen werden. Wie die Telunion dazu erfährt, dürfte die Meldung des Havasbureaus in dieser Form nicht stimmen. Eine Note ist dem Berneinen nach in Berlin nicht eingegangen. Dagegen haben der belgische und französische Botschafter gestern im Auswärtigen Amt vorgesprochen und Vorstellungen bezüglich der Attentate erhoben. Ueber den genauen Hergang der Dinge ist eine amtliche Mitteilung zu erwarten.

*

Die deutsche Antwort kann nicht anders ausfallen, als daß die belgisch-französischen Vorstellungen, die nach unserer Ansicht den Gipfelpunkt der Unverfrorenheit der Räuber darstellen, glatt abgelehnt werden. Die deutsche Antwort an den Papst genügt und es wäre ein jämmerliches Armutszeugnis, wenn eine deutsche Regierungserklärung das Vorstelligwerden der Feindesvertreter anders würdigen wollte als durch eine kühle und bestimmte Ablehnung jeglicher Erörterung. Für die deutsche Oeffentlichkeit nicht uninteressant wäre es allerdings zu hören, was für heuchlerische Entstellungen die Feinde der deutschen Regierung ins Gesicht zu sagen sich erdreisten.

Das Ergebnis der Pacellikonferenz.

Berlin, 7. Juli (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Unterredungen des Reichskanzlers mit dem apostolischen Nuntius Pacelli wird amtlich mitgeteilt: Nuntius Pacelli hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiete zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des heiligen Stuhles eingehend dargelegt. In seiner Erwiderung hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung eines gepeinigten Volkes und als verzweifelte Versuche der Notwehr zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem Heiligen Stuhle darin einig, jede verbrecherische Gewaltanwendung zu verurteilen.

Eine zweite Mahnung des Papstes.

Rom, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auf die Nachricht von strengen Maßnahmen der französischen und der belgischen Regierung in den besetzten deutschen Gebieten wegen des Eisenbahnunglücks bei Duisburg am 30. Juni hat die Kurie die Nuntiaturen in Paris und Brüssel telegraphisch angewiesen, bei der französischen und belgischen Regierung Vorstellungen zu erheben und mitzuteilen, Seine Heiligkeit erwarte, daß keine Maßregeln ergriffen würden, die zu noch stärkerer Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen könnten.

*

Dies ist eine Ergänzung und Vertiefung der vom Papste in seinem Briefe an den Kardinalssekretär Gasparri ausgesprochenen Mahnung an die Regierungen, die Reparationsfrage in dem christlichen Geiste, der zugleich den Forderungen der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe Genüge tue, zu behandeln. Zugleich tritt sie mit nicht zu verkennender Deutlichkeit den Versuchen der französischen Presse entgegen, das Telegramm des Vatikans an den Nuntius Pacelli in der Angelegenheiten der Sabotageakte als einen Widerruf des päpstlichen Schreibens und eine Parteinahme zugunsten Frankreichs in der Frage des passiven Widerstandes hinzustellen. Auf die Mißachtung der Kurie und die Verdächtigung ihrer wirklich unparteiischen Stellungnahme, die nur durch die Sorge um den Frieden und die Verhütung von Unrecht, Gewalttat und Vermehrung der menschlichen Leiden eingegeben ist, konnte keine bessere Antwort gegeben werden, als durch die jetzt erhobenen Vorstellungen, die nur sein früheres Urteil von dem „odiosen" Charakter der Ruhrbesetzung erneuern

Schlagworte.

Der Ruf nach Erfassung der Sachwerte.

Aus führenden Arbeitgeberkreisen gehen uns folgende beachtliche Darlegungen zu: Die Tatsache, daß die neue Devisenordnung nicht den erhofften Erfolg gehabt hat, gibt Veranlassung zu neuen Angriffen auf die Spekulation. Die Existenz der Devisenspekulation soll gewiß nicht geleugnet werden. Ebenso ist zugegeben, daß gegen sie mit den allerschärfsten Mitteln vorgegangen werden muß. Trotzdem darf aber nicht übersehen werden, daß die Devisenspekulation (von dem Einfluß Poincares auf die Devisenkurse sei hier ganz abgesehen) nur deshalb existieren kann, weil die verfügbare Menge Devisen in Höhe von 15 Goldmilliarden (das ist der vierte Teil der deutschen Einfuhr) bei weitem nicht dem Bedarf entspricht. Die in Deutschland vorhandenen Devisen sind im wesentlichen Exportdevisen, d. h. sie sind aus dem Erlös der Warenausfuhr erzielt worden. Diese Devisen müssen wir haben, um unsere Einfuhr an lebensnotwendigen Dingen sicherstellen zu können. Der Bedarf an ihnen ist gerade in der letzten Zeit sehr stark geworden; so z. B. mußten erhebliche Mengen Kohlen, Roheisen, Getreide usw. eingeführt werden. Reichen für diese Einfuhr die Exportdevisen nicht aus, müssen wir — da kein Mensch im Ausland seine Ware gegen Mark verkauft — mit der Mark fremde Devisen kaufen, d. h. unsern Notenumlauf vermehren und dadurch den inneren Wert der Mark beschleunigen. Bedauerlicher Weise ist nun der reelle Teil des Handels und der Industrie, der zur Bezahlung der Einfuhr unbedingt Devisen haben muß, zu stärkeren als den eigentlich notwendigen Devisenanmeldungen gezwungen, um so den unbedingt notwendigen Bedarf zu bekommen. Reichte unser Devisenbestand aus, dann würde eine Deckung des Bedarfs sehr leicht sein; die Nachfrage würde entsprechend zurückgehen.

Daraus ergibt sich, daß vornehmlichstes Ziel einer wirtschaftlich gesunden Devisenpolitik die Stärkung des Bestandes an Exportdevisen sein muß, die aber nur möglich ist durch entsprechende Steigerung der Ausfuhr. Eine sinngemäße Regelung der Arbeitszeit in den noch ausfuhrfähigen Betrieben würde den hohen Devisenstand viel stärker erschüttern als 1000 noch so wohl gemeinte Devisenverordnungen. Hier liegt der Kernpunkt des Problems. Statt auf dieser Grundlage eine Marksturzung vorzunehmen, wird von neuem die Forderung der Erfassung der Sachwerte erhoben, deren Erfüllung nichts anderes bedeuten würde, als weitere Verringerung des Volksvermögens, verbunden mit innerer Entwertung der Mark und erneuter Steigerung der Devisenkurse. Was heißt überhaupt Sachwerte? In Betracht kommen bewegliche (Möbel, Kleider usw.) und unbewegliche (Grund und Boden, Fabriken, Maschinen usw.) Gegenstände. Es ist klar, daß die ersteren überhaupt nicht „erfaßt" und verwertet werden können, wenn wir Deutschland nicht zu einem großen Auktionslokal zugunsten der Entente machen wollen. Ueber den Wert der unbeweglichen Gegenstände gibt man sich übertriebenen Schätzungen hin. In der Vorkriegszeit war das Verhältnis zwischen dem Wert der gesamten deutschen Aktiengesellschaften und dem von diesen an ihre Arbeiterschaft jährlich gezahlten Lohn ungefähr 9:5; jetzt wird es sich sehr erheblich zu ungunsten der Wirtschaft verschoben haben.

Mit anderen Worten heißt das, daß selbst eine „Erfassung des sogenannten Sachbesitzes nur für eine Lohnzahlung von höchstens 1½ Jahren ausreichen würde. Auch die Heranziehung der sogenannten stillen Reserven und Auslandsguthaben (sie sind nichts anderes als Rückstellungen, aus denen im Falle unzureichender Beschäftigung die Entlohnung der Arbeitnehmer bestritten werden muß) würde die Entlohnung höchstens für ein weiteres halbes Jahr sicherstellen. Was nach Ablauf dieser kurzen Periode geschehen soll, werden wahrscheinlich die Befürworter des Planes der Sachwerterfassung selbst nicht wissen. Man kann immer nur vom Ertrag der Arbeit leben, niemals aber längere Zeit hindurch vom Vermögen. Gerade die Verschwendung großer Privatvermögen durch unwürdige Erben zeigt, wie schnell auch das größte Vermögen schwindet, wenn es durch Arbeit nicht immer wieder ergänzt wird. Arbeit ist und bleibt der Sinn des menschlichen Lebens.

Mordregiment.

Essen, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Duisburg sind drei Deutsche von den Belgiern erschossen worden. Den Zeitungen in Duisburg ist von der Besatzungsbehörde verboten worden, hierüber Mitteilung zu machen.

Frankfurt a. M., 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Teuerung im besetzten Gebiet droht geradezu katastrophal zu werden. Sogar hohe französische Verwaltungsbeamte in Koblenz sollen wegen der Einstellung der Absperrung vorteilig geworden sein. Da in Frankfurt von den Aufkäufern aus dem besetzten Gebiet jeder Preis bezahlt wird, steigt hier alles täglich um 25 Prozent und mehr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230707016/fragment/page=0001

Papstdebatte in der französischen Kammer.

Paris, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der Kammer ist am Freitag eine Debatte über den Brief des Papstes eröffnet worden. Sie wurde vom Abgeordneten Dumesnil begonnen, welcher erklärte, daß der Brief am Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages veröffentlicht worden sei. Nicht nur das katholische, sondern das ganze Frankreich sei über den Brief des Papstes bestürzt gewesen. Was die Franzosen besonders verletzt (!) habe, sei der Vorschlag des Papstes, die Reparationskommission durch eine Sachverständigenkommission zu ersetzen, sowie die wenig verschleierte Einladung, das Rheinland und das Ruhrgebiet zu räumen. Man müsse sich darüber einig sein, nicht zu gestatten, daß der Kirchenfürst, der während des Krieges kein Interesse für Frankreich gezeigt habe, jetzt nachträglich sich in die französisch-deutschen Angelegenheiten einmische. Der Papst sei während des Krieges immer stumm gewesen, wenn es sich darum handelte, die deutschen Verbrechen (?) zu verurteilen. Der Redner bedauerte, daß der französische Botschafter am Vatikan nicht imstande gewesen sei, die Entsendung des Papstbriefes vorauszusehen oder nötigenfalls zu verhindern. Er schloß mit der Aufforderung an Poincaré, Frankreichs Unabhängigkeit gegenüber den Intriguen (!) des Vatikans zu schützen. Der Abg. Marc Sangnier verteidigte den Vatikan gegen diese Angriffe, indem er darauf hinwies, daß das päpstliche Schreiben

nur ein religiöses und nicht ein politisches Schriftstück

sei und daß der Papst die Ruhrbesetzung mit Recht als eine peinliche Angelegenheit bezeichnete, aber trotzdem nicht die Räumung dieses Gebietes verlangte. Der Redner appellierte an die Katholiken und Freidenker, sich zu einer gemeinsamen Friedensidee zu bekennen, in das auch Deutschland einbezogen werden könne. Er fand damit jedoch nur den Beifall der Sozialisten. Auch der folgende Redner Xavier Maniallon verteidigte die päpstliche Intervention. In der weiteren Debatte nahm Poincaré das Wort. Er sagte, daß keine Rede davon sein könne, wegen dieses Briefes den Vertreter Frankreichs beim Vatikan abzuberufen. Wenn man jedesmal einen Geschäftsträger abberufen wollte, soweit sich ein Zwischenfall zwischen zwei Ländern ereignet, so wäre kein Ende des diplomatischen Wechsels zu übersehen. Schon seit Ludwigs XIV., so fuhr Poincaré fort, habe man in Frankreich die Einmischung des Vatikans in die staatlichen Geschäfte Frankreichs nicht zugelassen. Schließlich erklärte Poincaré mit Berufung auf die Bemerkung des Papstes zur Ruhrbesetzung, daß das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der eingehenden deutschen Zahlungen geräumt werden würde. Bei einer darauf folgenden Abstimmung wurde die der Regierung das Vertrauen aussprechende Tagesordnung mit 388 gegen 190 Stimmen angenommen.

Geheime Vernehmung der Saarkommission.

Paris, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Sitzung des Völkerbundrates in Genf, in der die Tätigkeit der Saarkommission geprüft wurde, waren sämtliche Mitglieder der Kommission erschienen: Knudt (Frankr.), Molitte-Hoffeld (Dänemark), Lambert (Belgien), Waugh (Kanada) und Land (Saargebiet). Außer einigen Mitgliedern des Völkerbundssekretariats und den Sekretären der Abordnungen wurde zu dieser Sitzung niemand zugelassen, um Indiskretionen zu vermeiden. In der Sitzung, die drei Stunden dauerte, bewegte sich die Debatte, wie der „Temps" erfährt, fast ausschließlich in der Form eines Wechsels von Frage und Antwort zwischen Lord Robert Cecil und dem Vorsitzenden der Saarkommission. Cecil stellte seine Fragen auf der Grundlage der im Unterhaus an der Saarverwaltung geübten Kritik. Sie bezogen sich hauptsächlich auf die beiden, während des Bergarbeiterstreiks erlassenen Verordnungen der Kommission.

Geiseln auf feindlichen Eisenbahnzügen.

Paris, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Düsseldorf wird mitgeteilt, daß die Besatzungsbehörde sich entschlossen habe, in allen Zügen, die das besetzte Gebiet durchqueren, zwei Deutsche als Geiseln mitzunehmen, um auf diese Weise eine Wiederholung von Attentaten, wie sie am 30. Juni verübt worden sind, auszuschließen. Anderen Nachrichten zufolge soll es sich um eine Maßnahme handeln, die lediglich das Gebiet des Brückenkopfes Duisburg-Ruhrort berührt.

Neue Sanktionen der Rheinlandkommission.

Paris, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Wie aus Koblenz gemeldet wird, hat die Rheinlandkommission neue „Sanktionen" für Verstöße gegen ihre Zoll- und Ausfuhrbewilligungsbestimmungen angeordnet. Es handelt sich um Strafen bis zu 5 Millionen Mark und 3 Jahren Gefängnis. Ferner droht die Kommission die endgültige Konfiskation der Ein- und Ausfuhrwaren und der dem Transport dienenden Geräte an.

Ruhrgebiet, 7. Juli. (Eig. Drahtmeld.) In Buer setzen die Belgier die Verhaftungen oft aus den nichtigsten Gründen fort. In Essen haben die französischen Truppen gestern während des ganzen Tages vergeblich versucht, die Tresors der von ihnen besetzten Reichsbankfiliale und der Essener Kreditbank gewaltsam zu öffnen. In Suderwich an der Bahnstrecke Hamm-Osterfeld wurde auf einem nicht gesicherten Uebergang ein Fuhrwerk von einem Regiezug erfaßt und völlig zertrümmert. Die beiden Insassen, der Kutscher und ein kleiner Junge, wurden auf die vordere Plattform der Lokomotive geschleudert, wobei dieser einen schweren Schädelbruch davontrug. In Witten wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist Strafsperre angeordnet. Als Grund wird eine angebliche Schießerei auf französische Posten in der vergangenen Nacht angegeben.

Die Lage im Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Zu Zwischenfällen ist es im Berliner Metallarbeiterstreik bisher nicht gekommen. Wo die Arbeiterschaft eigenmächtig in den Streik getreten war, wurde nach Eingreifen der Streikleitung die Arbeitsruhe wieder aufgenommen. Der Streik hat am Freitag bei 60 Firmen eingesetzt. Zunächst erstreckt sich der Streik nur auf einen Teil der etwa 450 dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betriebe, während noch große Werke, wie z. B. Daimler, Osram, Schwartzkopff noch nicht bestreikt werden.

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Verband Berliner Metallindustriellen trat heute vormittag zusammen, um zum Streik Stellung zu nehmen. Bei den Arbeitgebern herrscht die Meinung vor, daß der Streik auch in seinem heutigen Umfange nicht lange aufrecht zu erhalten ist. Die Arbeitgeber werden erwägen, ob sie aus Solidaritätsgründen und geschäftlichen Gründen zur Einstellung aller Metallbetriebe Großberlins schreiten sollen.

Einigung über die Löhne der Reichsarbeiter.

Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben in später Abendstunde zu einer Einigung geführt. In Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortslohnzulage für den Handwerker 8 298 Mark, für den ungelernten Arbeiter 7 689 Mark ab 1. Juli betragen. Der höchste Satz für Ortslohnzulagen beträgt künftighin 50 Prozent. Die Verhandlungen über die Bezüge der Reichsbeamten und Angestellten werden heute vormittag geführt. Die eingeleiteten Verhandlungen über die Erhaltung des Lohnwerts sollen baldigst fortgeführt werden.

*

Die Teuerungsverhandlungen der Beamten und Staatsarbeiter werden sich auf der Basis der am 1. Juli in Kraft getretenen Grundgehälter vollziehen. Nach Umstellung der alten Grundgehälter auf die neuen ergibt sich, daß der zu dem gesetzlich festgelegten Grundgehalt, Ortszuschlag und Kinderzulage hinzukommende Teuerungszuschlag augenblicklich 87 Proz. beträgt. Dazu kommt noch die örtliche Sonderzulage, die für Berlin gegenwärtig 33 Prozent ausmacht. Von diesen beiden Zahlen wird in den neuen Verhandlungen ausgegangen werden. Das monatliche Gesamteinkommen eines unverheirateten Beamten in Berlin stellt sich nach dem gegenwärtigen Stand, d. h. so wie es den Beamten am 1. Juli ohne Abzug der Steuer ausgezahlt worden ist, in einigen Gehaltsgruppen wie folgt dar:

	Anfangsgehalt Mark	Endgehalt Mark
Gehaltsgruppe III (Schaffner)	1 056 000	1 421 201
„ V (Zugführer)	1 324 400	1 764 400
„ VII (Oberschaffner)	1 716 000	2 222 000
„ IX (Oberschreiber)	2 160 000	2 816 000
„ X (Regierungsrat)	2 470 000	3 220 800
„ XI (Ob.-Reg.-Rat)	2 809 400	3 667 400

Augenblicklich läßt sich noch nicht sagen, mit welcher Erhöhung dieser augenblicklich geltenden Gehälter zu rechnen ist. Die Organisationen haben bestimmte Forderungen noch nicht erhoben. Außer der soeben veröffentlichten Reichsindexziffer werden die Organisationen den Verhandlungen die von den Berliner Metallarbeitern evtl. erreichten Lohnerhöhungen zugrunde legen. Denn auch in den früheren Verhandlungen bildeten die Lohnverhältnisse der Berliner Metallarbeiter den Ausgangspunkt für die Forderungen der Staatsarbeiter und dann auch der Beamten.

Dunkle Drohungen eines Ministerpräsidenten.

Dresden, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Im Sächsischen Landtage bewilligte die Linke am Freitag das Gesetz des Ministerpräsidenten gegen sämtliche Stimmen der Bürgerlichen. Bei der bewegten Beratung des sächsischen Anleihegesetzes über 275 Milliarden Mark drohte Zeigner, wenn man ihn weiter attackiere, werde er eine Antwort geben, die noch verschiedene Fensterscheiben im In- und Auslande einschlagen werde. Eine glatte Niederlage erlebte dann die Regierung bei der Beratung der geforderten Ministerpensionen. Selbst die Sozialdemokraten ließen ihre Minister im Stich.

*

Zeigner hatte jüngst in einer Versammlung seinen Anhängern einen Bürgerkrieg prophezeit und war der Reichsregierung in den Rücken gefallen, indem er für Unterwerfung an der Ruhr plädierte. Für ihn sei der Fall mit einer deutschen Niederlage schon entschieden. Mit diesem Wahnwitz hatte er natürlich im Inlande helle Empörung hervorgerufen und den Räubern von Rhein und Ruhr ein gelundenes Fressen geboten. Man darf wirklich gespannt sein, welche neuen Fensterscheiben er einzuwerfen beabsichtigt. Vielleicht beschäftigt sich der Staatsgerichtshof mal mit dem obersten Beamten Sachsens! Zeit wäre es.

Steuer- und Geldentwertung.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

Berlin, 6. Juli. Eine der Reichstag sich in seiner Freitagsitzung den Steuervorlagen zuwendete, erledigte er eine Fülle von kleinen Vorlagen, die meistens wieder durch die Geldentwertung notwendig geworden waren. Eine längere Erörterung gab es bei dem Wohnungsmangelgesetz, das eine schärfere Beaufsichtigung der Gemeindebehörden durch die staatlichen Aufsichtsstellen vorsieht. Die Vorlage blieb unverändert. Angenommen wurde ein Nachtrag zum Reichshaushalt, der durch die Erhöhung der Beamtenbezüge, durch Zuschüsse für die Reichsbahn, die Postverwaltung, durch Ausgaben für die Wohnbautätigkeit usw. notwendig geworden ist, und der nicht weniger als 19,3 Billionen verlangt. Angenommen wurde ein von den Mittelparteien gestellter Antrag Bahr (Dem.), wonach die Wohnungsbauabgabe vom 1. Juli 1923 bis 31. Dezember 1924 9000 Prozent des Nutzungswertes betragen soll. Das Haus wandte sich dann den zahlreichen Steuervorlagen zu. Im wesentlichen sind es Verbrauchssteuern, aber auch Erhöhungen der Kapitalverkehrsteuer gesetzlich werden können. Die Besteuerung der Lohnabzüge durch den Unternehmer soll beschleunigt werden. Monatliche Vorauszahlungen bei der Umsatzsteuer sein nicht zu empfehlen. Die Bewertungsfrage sei bei den Besitzsteuern noch nicht völlig gelöst. An der Besteuerung der Scheingewinne werde nicht vorbeigegangen werden. Für die Vermögenssteuer müsse eine neue Veranlagung zum 31. Dezember d. J. stattfinden. Der Minister stellt eine Enquete und Richtlinien bezüglich der Entwertung in Aussicht. Es soll ein Multiplikator festgesetzt werden zur Anpassung der Werte an die Friedenswerte. Für das Kapital von Handel und Industrie werde als Grundlage der

Anschaffungs- oder Herstellungspreis mit Zuschlägen

gewählt werden. Die Tarife der Besitzsteuern sollen nachgeprüft werden. Für die Provisorbilanzen reiche der sechsfache Betrag der Zwangsanleihe nicht aus. Von den Verkehrssteuern werde die Börsenumsatzsteuer und die Wechselsteuer erhöht. Der Finanzminister vergalt zum Schluß die steuerliche Belastung in Deutschland mit der im Auslande und kam zu dem Ergebnis, daß die Belastung in Deutschland erheblich höher ist. — Zu der Aussprache wies Dr. Hertz (Soz.) auf die schwierige wirtschaftliche Lage hin, die sich bereits in Streiks auszuwirken beginne, verlangte eine Währungsreform und wertbeständige Löhne. Die Verbrauchssteuer lehnte er ab. Der Zentrumsabgeordnete Höhner hob den gewaltigen Anteil hervor, den die Lohn- und Gehaltsempfänger bei der Einkommensteuer aufbrachten. Von den 533 Milliarden brachten sie nicht weniger als 87 Proz. auf. Der Redner forderte eine Reform der Veranlagung und eine raschere Wirksamkeit des Steuerapparates. Der Abg. Dr. Scholz (D. Vpt.) warnte vor einer Bereichtung des Mittelstandes und wies die Behauptung von der Steuerscheu der Besitzenden entschieden zurück. Dr. Helfferich (Dn.) machte die französische Gewaltpolitik für das Finanzelend verantwortlich. Nach Ausführungen der Abgg. Keinath (Dem.), Merck (Bayr. Vpt.) und Fröhlich (Komm.) wurden die Verhandlungen auf Sonnabend vertagt.**

*

Am Schlusse der Sitzung beantragte der Abgeordnete Müller-Franken (Soz.), auf die Tagesordnung der Sonnabendsitzung als ersten Punkt eine Aussprache über die politische Lage und eine Erklärung der Regierung über die Sabotageakte zu setzen. Nach längerer Geschäftsordnungsaussprache, in der namens der Arbeitsgemeinschaft Abg. Dr. Siesemann (D.Vpt.) und für die Deutschnationalen Abg. Hergt sich gegen eine solche Aussprache im gegenwärtigen Zeitpunkt wandten, wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Drohender Verlust des berühmten Welfenschatzes. Nach einer Meldung der „Stunde" beabsichtigte der Herzog von Cumberland den sogenannten Welfenschatz, der sich in Gmunden befindet und wertvolle Kunstarbeiten englischer und französischer Silberschmiede und kostbare Reliquien aus der deutschen Renaissance enthält, für 50 Millionen Dollar zu verkaufen. Die österreichische Regierung stellte jedoch den Schatz unter Staatsaufsicht, und zwar auf Grund des Gesetzes über die verbotene Ausfuhr von Kunstwerken. Der Herzog will dagegen protestieren mit der Begründung, der Welfenschatz sei Privatbesitz.

Schiedsspruch im Buchgewerbe. Das Zentralschiedsamt der deutschen Buchdrucker hat einen Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Löhne für die Woche ab 7. Juli um 50 Prozent und für die darauffolgende Woche um 75 Prozent auf die jetzigen Löhne festsetzt. Diese Lohnerhöhung bedingt in Verbindung mit der weiteren Materialverteuerung eine Erhöhung der gegenwärtigen Druckpreise um 70 Prozent vom 7. Juli ab.

Robert Haberling
Internationale und Uebersee-Spedition
Lagerhäuser mit Bahnanschluß * Berlin SW 11.

Ringelnatz und Morgenstern.

Von Paul Friedrich.

(Nachdruck verboten.)

Ringelnatz und Morgenstern
Loben beide Gott den Herrn
Während ihrer Erdenreise,
Aber auf verschiedene Weise.

Das heißt und will sagen: Kuttel-Daddeldu ist weder mit Palmström, noch mit von Korf, noch mit Palma Kunkel verwandt. Wie sollte er auch? Den die drei obengenannten Kinder Christian Morgensterns sind ausgesprochene Lands, ja ich möchte fast sagen: Büchertratten. Sie sind außerehelische Geschöpfe besagten Christian Morgensterns und ihre Mutter hieß ursprünglich: Reflexion. Da man für diese Behauptung einen möglichst eindeutigen Beweis verlangen kann, sei v. Korfs eigene Antwort an das interessierte Polizeibureau zitiert:

„Einer hohen Direktion
Stellt sich, laut persönlichem Befund
Als nichtexistent im Eigen-Sein,
Bürgerlicher Konvention,
Vor und aus und zeichnet, wennschonhin
Mitbedauernd nebigen Betreff
Korf. (An die Bezirksbehörde in —.)"

Und trotzdem hat Kuttel-Daddeldu Joachim Ringelnatzens Geistessprößling als alte See- und Wasserratte wahrscheinlich per litteras — die Betanntschaft der drei Morgensterne gemacht, was im allgemeinen erfreulich und im besonderen zu bedauern ist. Erfreulich, da sowohl Palmström, wie Korf als auch Palma Kunkel (seien sie auch immerhin undefinierbarer Natur), so doch Wesen nicht nur von geistigen Allüren, sondern auch nicht ohne gewisse Qualitäten sind namentlich Palmström, der „Einfällige". Zu bedauern, weil das Originell-Abstruse, das leider schon bei Palmström und Korf zu eiaem: „Du sollst und mußt unaufhörlich neu und geistreich sein", mithin Manier wurde, bei Kuttel-Daddeldu, Ringelnatzens alter ego zu einer Reiteratio wurde, wie er selbstwitzig im Bandwurm so bedingt:

Es stand sehr schlimm um des Bandwurms Befinden.
Er juckte immer etwas hinten.
Dann konstatierte der Doktor Schmidt,
Nachdem der Leib ihm aufgeschnitten,
Daß dieser Wurm an Würmern litt,
Die wiederum an Würmern litten.

Das wäre, auf den ganzen „Kuttel-Daddeldu" bezogen, denn doch ein nicht zu hartes, sondern auch ungerechtes Urteil.

Nein, wenn auch Ringelnatzens Kuddel vielleicht infolge eifrigen Guckens in die Buddel zwar keine direkten geistigen Anleihen bei Palmström u. Co. macht, so doch immerhin hinter das Rezept, aus scheinbar toten Gegenständen „fabelhafte" Nutzanwendungen zu ziehen, gekommen ist, so ist das doch weiß Gott ein Stilfehler bei ihm; denn er ist viel naiver, burschikoser, zupackender als die Kinder der Morgensternschen Reflexionsmuse. Ueber die oft etwas gewaltsam ins Exzentrische umgebogenen Einfälle des Palmström und der Palma Kunkel hat sich schon eine leichte Platina des Historischen gelegt. Dieser Humor eines müßigen doloe far niente paßte zu Träumereien auf Sanatoriumsterassen und Kurhausbalkonen. Unsere Zeit aber hat hierzu in den meisten Fällen nicht das nötige Geld.

Sie scheint eine andere Aufmunterung aus stärker aktueuierter Wirklichkeit. Darum ist Ringelnatz unglaublich echter und origineller, wo er ganz wildwüchsiger Matrose bleibt und von seinen teils peinlichen, teils erbaulichen Berührungen mit dem Festland und dessen Menschen erzählt.

Er tut das in einer ungemein erfrischenden, kecken Primitivität, die „den Schwindel aus dem ff kennt", oder sie müßte nicht auf fünf Weltmeeren gewesen sein. Der leise Grog- und Spritgeruch eines italien. Bersaglieriesins gibt dem blühenden Unsinn seine äußere Rechtfertigung und dazu ein gewisses unbangles Vorsum.

Die Art Ringelnatzens alias Kuddel-Daddeldus Humor ist nicht „salonmäßig", ganz im Gegenteil. Aber sie spielt doch nur mit der Zote, sie deutet nur an, sie hat nichts mit der Art des Borstenteres gemein. Die Derbheit hat nichts Gekünstelte, wie leider oft Morgensterns allzu wortwitziges Denken. Sie ist mehr Schreckopanz als wirkliche zweite Natur. Im Gegenteil verbirgt sich hinter ihr oft eine geheime innere Tragik, die an einigen Stellen direkt an Villon und Günther erinnert:

„Ich bin eine alte Kommode,
Oft mit Tinte oder Rotwein begossen,
Manchmal mit Fußtritten geschlossen.
Der wird lachen, der nach meinem Tode
Mein Geheimfach entdeckt, —
Ach Kind, wenn du ahnlest, wie Kunitzburger
Eierkuchen schmeckt!"

Hier ist der Humor die Folie für einen tiefen Lebensernst, eine angeheuchelte Melancholie. Bei Christian Morgenstern ist es gerade umgekehrt: Hier soll künstlicher Tiefsinn innere freischwebende, planlos hindämmernde Oberfläche verhüllen. Es war ein Irrtum, daß man glaubte, hinter den Palmström-Weisheiten ein „Ding an sich" suchen zu müssen. Aber es ist ein noch herberer, daß ein Kabarettpublikum die Scheinpöße eines Joachim Ringelnatz bewiehert, hinter denen das wunde Herz eines von Leben gezausten, wirklichen, ursprünglichen Dichters blutet, der dem andern, dem ersten Morgenstern, durchaus ebenbürtig, dem Palmströmverfasser aber in manchem weit überlegen ist.

Erster musikwissenschaftlicher Kongreß in Leipzig.

Unter Vorsitz von Hermann Abert.

Die vor dem Kriege von der Internationalen Musik-Gesellschaft in regelmäßigen Abständen abzuhaltenden Musikwissenschaftlichen Kongresse haben nach dem Kriege bisher keine Nachfolge gefunden. Die Deutsche Musikgesellschaft (Sitz Leipzig) stellt sich nunmehr die Aufgabe, die Vertreter der praktischen Musik, der Musikwissenschaft und benachbarter Zweige zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen und veranstaltet zu diesem Zweck den ersten Deutschen Kongreß für Musikwissenschaft, der in Leipzig vom 15. bis 20. Oktober 1923 unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Hermann Abert tagen wird.

Uraufführungen der Leipziger Oper. Die Leipziger Oper kündigt für die kommende Opernspielzeit die folgenden Uraufführungen an: „Alceste" von Gluck in der Bearbeitung von Professor Albert, „Der Weg zur Sonne" von Jean Manon und „Das verlachte Lachen" von dem Karlsruher Operndirektor Cortolezis.

Deutsch-schwedischer Kulturaustausch. In Stuttgart findet derzeit ein mehrwöchiger Ferienkurs für schwedische Lehrer statt. Die schwedischen Gäste sind zur Vervollkommnung ihrer deutschen Sprachkenntnisse herübergekommen. Gleichzeitig aber hoffen sie auch, einen Einblick in die Praxis des deutschen Schulwesens zu gewinnen und so wertvolle Anregungen mit in die Heimat zu nehmen. Im Interesse des deutsch-schwedischen Kulturaustausches ist dieser Besuch der schwedischen Lehrer auf das lebhafteste zu begrüßen.

Das Honorar der Karsavina. Die bekannte russische Tänzerin Karsavina trat dieser Tage in zwei Sonderveranstaltungen im Deutschen Opernhaus in Charlottenburg auf. Einer zuverlässigen Information zufolge erhielt die Künstlerin dafür das stattliche Honorar von 120 englischen Pfund. In deutschem Gelde beträgt diese Summe zurzeit nahezu 100 Millionen Mark. Trotz Geldentwertung und Teuerung darf ein solches Honorar wohl sicher als nichts weniger als fürstlich bezeichnet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230707016/fragment/page=0002